

Leschke, Martin

Conference Paper

Alternativen zur Marktwirtschaft: Ein kritischer Blick auf die Ansätze von Niko Paech und Christian Felber aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik

Beiträge zur Jahrestagung des Ausschusses für Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik im Verein für Socialpolitik: "Marktwirtschaft im Lichte möglicher Alternativen", 27.-29. September 2015, Bayreuth

Provided in Cooperation with:

Ausschuss für Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik, Verein für Socialpolitik

Suggested Citation: Leschke, Martin (2015) : Alternativen zur Marktwirtschaft: Ein kritischer Blick auf die Ansätze von Niko Paech und Christian Felber aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik, Beiträge zur Jahrestagung des Ausschusses für Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik im Verein für Socialpolitik: "Marktwirtschaft im Lichte möglicher Alternativen", 27.-29. September 2015, Bayreuth, Verein für Socialpolitik, Ausschuss für Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik, Münster

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/140887>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Martin Leschke (Universität Bayreuth)

Alternativen zur Marktwirtschaft: Ein kritischer Blick auf die Ansätze von Niko Paech und Christian Felber aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik

1. Einleitung
 2. Wenn die Endlichkeit der Ressourcen auf die Marktwirtschaft trifft
 3. Zwei Entwürfe eines alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems
 - 3.1. Der Ansatz von Niko Paech: die Post-Wachstumsökonomie
 - 3.2. Der Entwurf von Christian Felber: die Gemeinwohlökonomie
 4. Eine kritische Betrachtung der Alternativ-Ansätze aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik
 - 4.1. Die Perspektive der konstitutionellen Ökonomik
 - 4.2. Die Alternativansätze in der Kritik
 5. Fazit
- Literatur

1. Einleitung

Die Marktwirtschaft gilt in Verbindung mit einem demokratisch legitimierten Rechtsstaat für viele Bürger und auch für viele Sozialwissenschaftler, allen voran Ökonomen, als die Basis des Wohlstands der westlichen Welt. Kritiker an diesem Konzept gab es immer, doch sie schienen vor allem nach der Transformation der ost- und mitteleuropäischen Staaten hoffnungslos in der Minderheit zu sein. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama schrieb 1992 gar vom „Ende der Geschichte“.

Doch die Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2007 ausbrach und bis heute negative Wirkungen nach sich zieht, erschütterte nicht nur die Weltwirtschaft, sondern auch den Kapitalismus – wie das Konzept der Marktwirtschaft zumeist von seinen Kritikern gerne genannt wird.

An den Universitäten organisier(t)en sich kritische sozialwissenschaftliche Studenten im dem Netzwerk „Plurale Ökonomik“. Ziel dieses Netzwerks ist es, ökonomische Ansätze jenseits der marktwirtschaftsfreundlichen Mainstreamökonomik zu diskutieren. Und Ideen zu alternativen Koordinationsmechanismen jenseits des Marktes haben zurzeit Hochkonjunktur.¹

Eine bekannte Richtung aus dem Bereich alternativer Ansätze zur kapitalistischen Marktwirtschaft ist die „Post-Wachstumsökonomie“. Vertreter dieser Richtung sind sich zwar nicht einig, wie eine Alternative zum derzeitigen Marktsystem genau aussehen soll. Sie sind sich aber einig, dass der Wachstumszwang, der unserem System innewohnt, „irgendwie“ beseitigt werden muss, denn dieser führe dazu, dass unser Wirtschaften mit zahlreichen Externalitäten und Verstößen gegen den Grundsatz der Nachhaltigkeit verbunden sei (siehe diesbezüglich auch die beispielhaft ausgewählten folgenden Buchtitel).

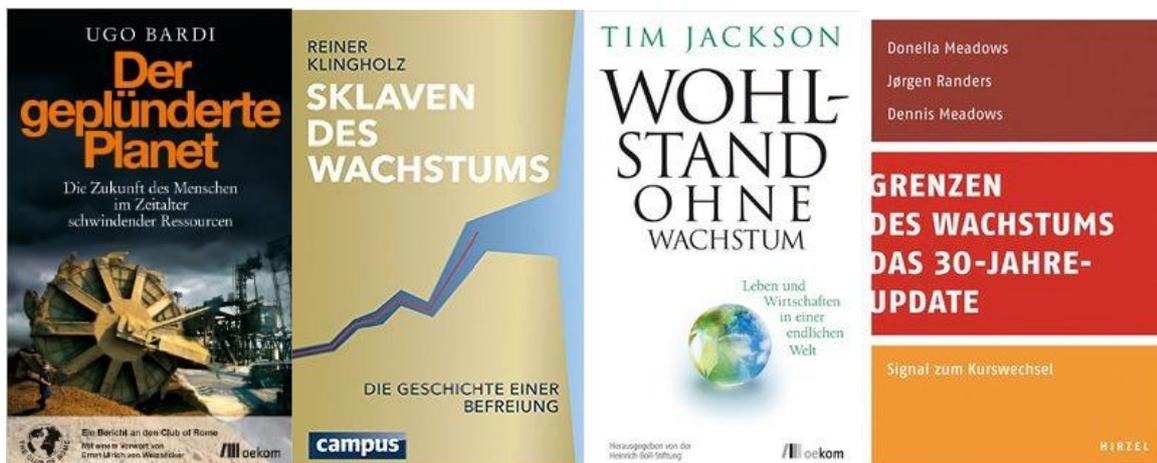


Abbildung 1: Bücher zu den Auswirkungen nicht-nachhaltigen Wirtschaftens

Vor diesem Hintergrund dieser Abbildung gliedert sich der Beitrag wie folgt:

¹ Vgl. <http://www.plurale-oekonomik.de/home/>.

In Abschnitt 2 wird die Diagnose der Wachstumsgegner erläutert: Die Erde ist ein System mit endlichen Ressourcen. Wenn man ein marktwirtschaftliches System gepaart mit einer zinsbasierten Kreditwirtschaft darauf „loslässt“, muss es zu Übernutzungen, also Verstößen gegen den Nachhaltigkeitsgrundsatz kommen. Auf diese wachstumspessimistische Diagnose erfolgt die Darlegung von Alternativvorschlägen. Aus der Fülle alternativer Konzepte sollen zwei herausgegriffen und kurz skizziert werden: Niko Paechs Postwachstumskonzept einer Befreiung vom Überfluss sowie Christian Felbers Konzept der Gemeinwohlökonomie.

Sodann erfolgt nach der Darlegung der drei Konzepte die kritische Auseinandersetzung mit Ihnen. Die gewählte Perspektive hierzu ist die konstitutionelle Ökonomik, wie Sie von James Buchanan, Friedrich August von Hayek und auch Walter Eucken begründet und vertreten wurde.

2. Wenn die Endlichkeit der Ressourcen auf die Marktwirtschaft trifft

Die Marktwirtschaft wird von den kritischen Postwachstumsökonomen als ein Koordinationsmechanismus angesehen, der die negativen Eigenschaften des Menschen fördert (Gier, Karrieren auf Kosten anderer) und zugleich einen fatalen Wachstumszwang begründet. Im Wettbewerb streben die Konsumenten stets nach neuen Produkten, die eher Statussymbolcharakter haben als langfristig glücklich zu machen. Die Unternehmen „feuern“ dies mit entsprechenden Werbemaßnahmen an. Zugleich müssen sie im Wettbewerb stets nach Neuerungen (neue Produkten und Verfahren) suchen und stets um Kosteneinsparungen bemüht sein. Auf diese Weise werden einige sinnvolle und viele recht sinnlose Produkte erfunden.

Dieser Wettbewerb wird zusätzlich durch das zinsbasiertes Schuldgeldsystem „angeheizt“. Die Möglichkeit der kreditären Vorfinanzierung von Investitionen gegen Zins behebt zwar die durch das Sparkapital vorhandene Schranke, der Kreditzins zwingt jedoch den Schuldner zur produktiven Verwendung, so dass auf dadurch ein weiterer Wachstumszwang entsteht (Heinsohn/Steiger, 2008). Das zinsbasierte Schuldgeldsystem benötigt Wachstum, um selbst überleben zu können (Binswanger, 2009, insb. S. 345).

Was passiert nun, wenn die Ressourcen unserer Erde mit einem Koordinationsmechanismus konfrontiert werden, der Wachstumszwänge auslöst?

Die Antwort ist für die Kritiker klar: Es muss zu einer Übernutzung der Ressourcen kommen. Der wettbewerbs- und schuldgeldinduzierte Wachstumszwang wird zu einer Interessenkollision von Arbeitgebern (Unternehmern, Managern) und den Arbeitnehmern führen: Konsum-, Gewinn- und Einkommensziele werden Nachhaltigkeitsziele in vielen Bereichen dominieren, so dass es zu zahlreichen externen Effekten kommen muss. Grundsätzlich lassen sich in Bezug auf die Ebene der Staaten folgende Arten von negativen Externalitäten unterscheiden (Leschke, 2011):

- Produktions- verbunden mit Konsumententscheidungen schädigen die Lebensbedingungen der Bevölkerung in einem Land zeitgleich, also „hier und jetzt“.

- Produktions- verbunden mit Konsumentenscheidungen schädigen die Lebensbedingungen der Bevölkerung in einem Land zeitverzögert, also „in der Zukunft“.
- Produktions- verbunden mit Konsumentenscheidungen schädigen die Lebensbedingungen der Bevölkerung eines anderen Landes zeitgleich, also „hier und jetzt“.
- Produktions- verbunden mit Konsumentenscheidungen schädigen die Lebensbedingungen der Bevölkerung eines anderen Landes zeitverzögert, also „in der Zukunft“.

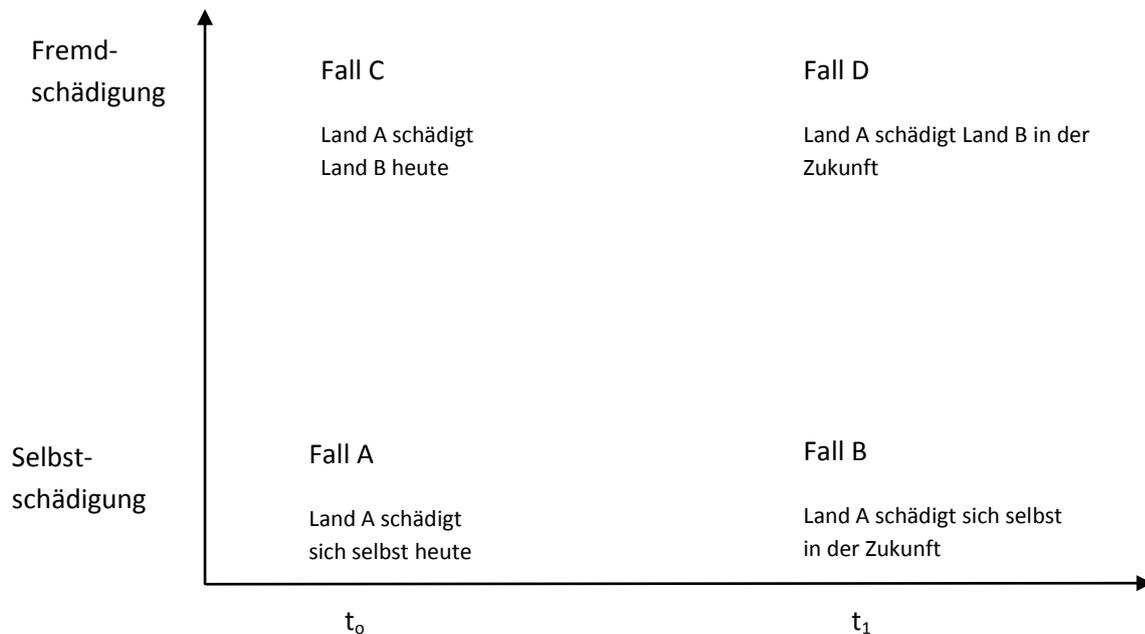


Abbildung 2: Externalitäten als Verstöße gegen den Nachhaltigkeitsgrundsatz, Quelle: Leschke (2009).

Abbildung 2 zeigt die Situationen noch einmal grafisch. Betrachtet man die gesellschaftliche Ebene, also die Ebene der Politik (bzw. die Ebene mit der Regelsetzungskompetenz), so ist Fall (a) ein typischer Fall der kollektiven Selbstschädigung, sofern die Regierung bzw. Parlamentsmehrheit demokratisch legitimiert ist. Anders sieht die Situation in Staaten aus, die nicht als rechtsstaatliche Demokratien zu bezeichnen sind. Hier ist es durchaus denkbar, dass eine mafiöse Koalition aus Unternehmern und Regierenden Schädigungen von Teilen der Bevölkerung in Kauf nimmt, um Kosten für die Unternehmen zu sparen.

Fall (b) ist bis auf den zeitlichen Aspekt ähnlich gelagert wie Fall (a). Die zeitliche Dimension macht jedoch einen nicht unerheblichen Unterschied aus. Denn Kosten, die erst zukünftig anfallen, sind heute nicht unmittelbar spürbar. Insofern kann eine zukünftige Selbstschädigung als ein nicht intendiertes Resultat heutigen Handelns aufgefasst werden. Sie entsteht, weil heute aus Unbedachtheit oder Unwissenheit keine geeigneten Mechanismen existieren, um dieser Externalität Einhalt zu gebieten. Die zukünftige Selbstschädigung ist jedoch i.d.R. nicht mit den Präferenzen der heute handelnden Individuen vereinbar. Sie hat ihre Ursache in institutionellen Defiziten.

Fall (c) ist ein Problem, das in der Ökonomik auch als „Trittbrettfahrerproblem“ bekannt ist. Sofern die Bevölkerung eines Landes A, die Menschen in anderen Ländern durch Externalitäten schädigt, kann dies eine kostengünstige Situation für die Wirtschaftsakteure in Land A sein. Wenn dies auch für die Wirtschaftsakteure anderer Länder gilt, entsteht eine Situation der kollektiven Schädigung, eine Dilemmasituation, die als allseitige Trittbrettfahrerproblematik bekannt ist.

Fall (d) ist ähnlich gelagert wie Fall (c), allerdings mit dem Unterschied, dass die Schädigungen, die in anderen Ländern durch das Handeln der Wirtschaftsakteure im eigenen Land zu erwarten sind, erst in der Zukunft eintreten. Wiederum kann es hier bei allseitiger Schädigung zu einer Dilemmasituation kommen.

„Nachhaltigkeit“ bezieht sich nicht nur auf die Gegenwart, sondern vor allem auf Auswirkungen, die in der Zukunft zu erwarten sind und somit zukünftige Generationen betreffen. Diese werden insbesondere dadurch geschädigt, dass die Externalitäten, die heute auftreten, irreparable Beeinträchtigungen ihrer Lebensbedingungen bewirken. Der Grundsatz der Nachhaltigkeit verbietet dies: Er stellt eine „Sollensvorschrift“ dar, die besagt, die Lebensbedingungen für zukünftige Generationen nicht zu beeinträchtigen. Da unser Handeln heute aber immer zu „irgendwelchen“ irreparablen Schädigungen für zukünftige Generationen führt, die heute Lebenden aber auch einen Kapitalstock („irgendwelche“ Werte) hinterlassen, kann es nicht um starke Nachhaltigkeit um jeden Preis für die heute Lebenden gehen², sondern um ein Konzept der „ausgewogenen Nachhaltigkeit“ oder „Generationengerechtigkeit“³, das gewisse Substitutionsmöglichkeiten mitdenkt.

Marktwirtschaftliche Kritiker sehen – wie oben erwähnt – den Wachstumszwang als die Hauptursache für zahlreiche Verstöße gegen den Grundsatz der Nachhaltigkeit, von denen folgende als gravierend angesehen werden:⁴

- a) das Problem der ökologischen Übernutzung der Erde (Externalitätenproblem),
- b) das Problem der Überschuldung,
- c) das Problem unkalkulierbarer Wirtschaftskrisen und des wirtschaftlichen „Absturzes“,
- d) das Problem zunehmender Ungleichheit und Ungerechtigkeit.

Ad a – Externalitätenproblem): Eine ganz besondere Herausforderung für die Marktwirtschaft stellt das Externalitätenproblem dar. Gemeint sind hier keine positiven, sondern negative Externalitäten. Diese entstehen durch eine Diskrepanz zwischen privaten und sozialen Kosten. Das Problem tritt auf, weil der oder die Verursacher nicht mit den Kosten der negativen Effekte konfrontiert werden. Und dies ist der Fall, weil diese Effekte nicht über den marktlichen Preismechanismus „abgerechnet“ werden (können). Man spricht daher auch

² „Nachhaltigkeit“ bedeutet, dass eine natürliche Ressourcen so genutzt werden, dass das System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Ressourcenbestand auf natürliche Weise regenerieren kann. Ursprünglich stammt das Konzept der Nachhaltigkeit aus der Forstwirtschaft: es soll nicht mehr Holz geschlagen werden als nachwächst, lautete die Maxime des Freiburger Oberberghauptmanns Carl von Carlowitz bereits um das Jahr 1700. Vgl. Endres (2004, S. 17).

³ Vgl. zur Generationengerechtigkeit ABländer/Suchanek/Ulshöfer (2007).

⁴ Vgl. zu folgenden Ausführungen auch Leschke (2011).

von einem Marktversagen (statbestand), und dies, obschon der Grund für die Nicht-Integration dieser Effekte in den Marktmechanismus in fehlenden Eigentums- oder Verfügungsrechten begründet ist. Es existieren folglich auch keine einklagbaren rechtlichen Grundlagen zur Unterbindung dieser negativen externen⁵ Effekte. Zugleich sind externe Effekte keine geplanten Größen. Sie entstehen als nicht intendierte (jedoch in Kauf genommene) Effekte intentionalen Handelns.

Externalitäten, die ggf. durch ein gewinnorientiertes globales Wirtschaften entstehen, können heute, also in der Gegenwart, Schäden anrichten (Kosten verursachen) oder/und in der Zukunft. ⁶ Eine negative Externalität, deren gravierende Auswirkungen erst in der Zukunft erwartet werden, stellt das Klimaproblem dar – die Erderwärmung durch steigende Emissionen von Treibgasen. Als Auswirkungen können beispielsweise

- die Gefährdung von Küstenregionen und bestimmten Inselstaaten,
- die Gefährdung von bestimmten Pflanzen und Tieren,
- negative Folgen für die Landwirtschaft in bestimmten Regionen,
- die Zunahme der Desertifikation,
- Knappheiten bei der Wasserverfügbarkeit,
- negative Folgen für Investitionen und auch die menschliche Gesundheit in Extremwetterregionen

genannt werden. Das Gros dieser unerwünschten Effekte wird vor allem in der Zukunft erwartet – insbesondere unerwünschte Auswirkungen verursacht durch Klimaveränderungen treten hauptsächlich wahrscheinlich erst in 50 bis 100 Jahren auf.⁷

Ad b – Überschuldung): In den allermeisten Marktwirtschaften (zumindest in den Industrie- und Schwellenländern) wird den Wirtschaftsakteuren die Möglichkeit gegeben, ihre Investitionsprojekte durch Kreditaufnahme vorzufinanzieren.⁸ Grundsätzlich bestehen zur Kreditaufnahme zwei Möglichkeiten: die Investoren (private Unternehmen oder die öffentliche Hand) emittiert Wertpapiere (Schuldverschreibungen) oder sie versuchen, einen Kreditvertrag bei einer Bank abzuschließen. Gelingt es den Investoren, Schuldverschreibungen an Private zu verkaufen, steigt die volkswirtschaftliche Geldmenge nicht, kaufen die Banken die Schuldverschreibungen oder werden Kredite an die Investoren gewährt, steigt die Geldmenge (erst einmal in Höhe des Kredits). Dies ist solange unproblematisch wie die kreditfinan-

⁵ „Extern“ hat damit eine dreifache Bedeutung: (1) außerhalb des Planungshorizonts der Verursacher, (2) außerhalb des Markt- und Preismechanismus⁴ und (3) außerhalb der Verfügungsrechtsstruktur. Vgl. zum Externalitätenproblem grundlegend Pigou (1920) und Coase (1960).

⁶ Vgl. hierzu auch Endres und Querner (2000), Rogall (2008) sowie Leschke (2008) und Leschke, Hähnel und Kopp (2010).

⁷ In diesem Zusammenhang sei auch auf die Bemühungen des „Worldwatch Institute“ verwiesen, den ökonomischen Fußabdruck menschlichen Handelns zu berechnen. Vgl. hierzu auch Wackernagel/Rees (1997).

⁸ In Gesellschaften (Entwicklungsländern) ohne weitreichende zertifizierte Eigentumsrechte ist diese Möglichkeit de facto für diejenigen, die nur Besitz, aber eben kein echtes, zertifiziertes Eigentum haben, nicht gegeben. Die Sicherheit für die Kreditaufnahme fehlt. Daher werden für solche Kreditnachfrager Mikrokreditsysteme etabliert, die mit anderen Sicherheiten als Eigentum arbeiten (z.B. mit Gruppenhaftung).

zierten Investitionen die Werte bzw. den Kapitalstock entsprechend erhöhen. Bei laxer Geldpolitik über einen langen Zeitraum ist allerdings davon auszugehen, dass auch viele „Flops“ oder gar zunehmend Konsum auf diese Weise finanziert werden. In diesem Fall steigen die Werte nicht mit der Verschuldung, und es kommt zur Gefahr der privaten Überschuldung.⁹

Noch problematischer sieht die Situation beim sich verschuldenden Staat aus. Der Staat, der Zugang zu einer schier „unendlichen“ Masse an Steuereinnahmen hat, hat fast immer (sofern nicht eine Überschuldung und ein Staatsbankrott bevorstehen) ein äußerst positives „Rating“. Gerade in Krisenzeiten ist er für die Geschäftsbanken der perfekte Schuldner und auch die Zentralbank unterlegt die Kreditgeschäfte mit den Geschäftsbanken gerne mit Staatsschuldtiteln oder kauft sie vom Sekundärmarkt. Schwächelt die private Wirtschaft, so ist der Anreiz hoch, Nachfrage über Verschuldung zu schaffen. Ggf. können auch andere wohlfahrtsstaatliche Bedürfnisse über Neuverschuldung finanziert werden. Die unter Wachstumszwang stehenden Wirtschaftsakteure werden bei schwacher Konjunktur oder bei eintretenden Wirtschaftskrisen immer staatlichen Aktionismus, der über Neuverschuldung finanziert wird, fordern. Mit der gleichen Vehemenz wird aber nicht die Zurückzahlung der Mittel nach der Krise gefordert. Diese Asymmetrie führt zu der Gefahr staatlicher Überschuldung. Kommt es dazu droht in dem betroffenen Land eine langjährige Wirtschaftskrise, und im schlimmsten Fall werden andere Länder noch angesteckt.¹⁰

Ad c – Krisen und Absturz): Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Vertrauen in die (internationale, sich globalisierende) Marktwirtschaft und in die Problemlösungsfähigkeit der Politik in vielen Ländern weiter geschmälert. Während die Kosten der Krise die Steuerzahler heute und in der Zukunft zu tragen haben, werden die vermeintlichen Krisenverursacher (Banken, Finanzintermediäre, Hedgefonds, Private Equity, Rating-Agenturen) nicht nur weitgehend geschont, sondern einige werden wegen ihrer zentralen Funktion im Finanzsystem (systemische Akteure) auch noch durch Steuergelder gestützt. Daher scheinen die Schuldigen schnell identifiziert zu sein: Eben jene Finanzakteure, die die Risikokosten auf die Gemeinschaft der Steuerzahler übertragen und zum Teil nun auch noch Hilfsmittel empfangen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat scheinbar das „Elend des Kapitalismus“ schonungslos aufgedeckt: Märkte generieren keine Moral und kein Gewissen. Es wird hier „nur“ nach Effizienz, Gewinn und Expansion (Wachstum) gestrebt, koste es (andere), was es wolle. Die durch den marktlichen Wettbewerb angeheizte Gier scheint uns blindwütig von Krise zu Krise zu führen. Schonungslos wird asymmetrische Information von Schattenbanken und „Heuschrecken“ ausgenutzt, um Risiken zu verschleiern. Selbst die Rating-Agenturen, ebenfalls private Akteure im Markt, scheinen nicht in der Lage zu sein, Risiken sachgerecht einzuschätzen.

⁹ Auf die Fehlallokationen zu laxer Kreditvergabe haben insbesondere Vertreter der Österreichischen Schule hingewiesen. Vgl. hierzu insb. Mises (1912).

¹⁰ Vgl. in diesem Zusammenhang auch den viel diskutierten Beitrag von Reinhard/Rogoff (2010).

Insbesondere im Zusammenspiel mit weichen Budgetrestriktionen verursacht durch eine laxe Geldpolitik und die Verschuldungsmöglichkeit scheint die Marktwirtschaft immer mehr zu einem „Krisenherd“ zu werden. – Hatte dies nicht Keynes schon vor langer Zeit vorhergesagt?.¹¹

Doch neben zunehmenden Spekulationskrisen ist für die Wachstumskritiker der Absturz des auf Wachstumszwang basierenden Marktsystems aufgrund eines ganz anderen Problems vorprogrammiert. Das bisherige Wachstum wurde mit einem aktiven Ressourcenabbau (Öl, Gas, sonstige Rohstoffe) flankiert. Diese komfortable Situation endet laut der Vorhersagen verschiedener Vertreter des Club of Rome in Kürze.¹² Damit sei klar, dass es zu drastischen Wachstumseinbrüchen kommen muss. Die auf Wachstumszwang ausgerichtete Marktwirtschaft wird vor diesem Hintergrund steigende Arbeitslosigkeit und steigende Emissionen (um Kosten zu sparen) hervorbringen.

Ad d – Ungleichheiten): Eine starke Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen in einem Land kann das Wachstum hemmen und zudem die allgemeine Akzeptanz des marktwirtschaftlichen Systems schmälern.¹³ Dies untermauern etwa Galor und Zeira (1993) sowie Alesina und Rodrik (1994) mit dem Argument, dass eine Gesellschaft mit hoher Vermögens- und Einkommensungleichheit in einem weitaus stärkeren Maße Verteilungskonflikten ausgesetzt ist.

Markt- und Wachstumskritiker sehen den Koordinationsmechanismus „Markt“ als ursächlich für zunehmende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten an. Das marktwirtschaftliche System biete aus Sicht der Kritiker spürbar mehr Chancen für reichere als für ärmere Akteure: Reiche können beispielsweise höherverzinslich Geld anlegen (z.B. weil Fixkosten bei größeren Beträgen kaum ins Gewicht fallen), haben aufgrund vorhandener Sicherheiten eher Zugang zu Krediten, können sich eher marktliche Weiterbildungsprogramme leisten, können ihren Kindern bessere Bildungsmöglichkeiten gewähren u.v.a.m. Dies kann dazu führen, dass eine Art Zeitpfadabhängigkeit entsteht: Wer einmal reich ist, nutzt die Investitionschancen und vermehrt seinen Reichtum, wer einmal arm ist, bekommt kaum Möglichkeiten, in Human- und/oder Realkapital zu investieren. Als Folge öffnet sich im Zeitablauf die Schere zwischen arm und reich immer mehr, zudem werden Chancen immer ungleicher verteilt. Pikettys Weltformel „die Finanzmarktrendite ist größer als das Produktivitätswachstum“ scheint es auf den Punkt zu bringen: Lohn und Rentensteigerungen basieren auf den Produktivitätssteigerungen, das ist die Rendite der Armen. Von der vergleichsweise hohen Finanzmarktrendite profitieren tendenziell die Reichen (Piketty, 2014).

Die Marktwirtschaft konnte in den Augen ihrer Kritiker nur erfolgreich sein, d.h. materiellen Aufstieg für viele Individuen ermöglichen, solange die natürlichen Ressourcen ohne ernstzunehmende Knappheiten zur Verfügung standen, Emissionen noch keine Bedrohung für die

¹¹ Keynes (1936) macht Koordinationsstörungen, die ein Fallen der Nachfrage und ein Eintrüben der Nachfrageerwartungen bewirken für Krisen verantwortlich.

¹² Vgl. Meadows/Meadows/Randers/Behrens (1972) sowie Meadows/Meadows/Randers (2006).

¹³ Vgl. hierzu auch BMWi-Beirat (2009).

Umwelt darstellten und die öffentliche Verschuldung noch ohne Probleme expandieren konnte. In dieser Zeit konnte Wohlstand für viele geschaffen werden. Mit zunehmenden Knappheiten stößt das System doch an seine Grenzen und sorgt für die genannten Probleme, die nur durch eine Abkehr vom marktwirtschaftlichen Wachstumszwang hin zu einer Postwachstumsökonomie gelöst werden können.

3. Zwei Entwürfe eines alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems

Wie oben bereits ausgeführt werden im Folgenden zwei Ansätze/Entwürfe/Ideen – wie immer man es bezeichnen möchte – einer Postwachstumsökonomie angeführt. Beide Protagonisten – Niko Paech und Christian Felber – vertreten die Meinung, dass ohne eine radikale Abkehr von der schuldgeldbasierten Marktwirtschaft kein nachhaltiges Wirtschaften möglich sei. Die Postwachstumsökonomie lässt sich vor diesem Hintergrund als ein institutionenflankiertes Wirtschaftssystem definieren, in dem es gelingen soll, durch eine spürbare Reduktion des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und schädlicher Externalitäten ein befriedigendes Nachhaltigkeits- bzw. Reproduktionsniveau zu erreichen.

3.1 Der Ansatz von Niko Paech: die Post-Wachstumsökonomie

Die folgenden Ausführungen sind wörtliche Wiedergaben von Niko Paech selbst (von der Internetseite zur Postwachstumsökonomie¹⁴). Zugleich sei auf sein Buch (2012) zur Befreiung vom Überfluss verwiesen sowie auf seine zahlreichen Vorträge auf der Videoplattform „youtube“.

„Eine ökologisch und sozial zukunftsfähige Ökonomie bedarf der Beseitigung jeglicher Wachstumsabhängigkeiten und -zwänge. Dazu zählen

- die Innovationsorientierung moderner Marktwirtschaften,
- das gegenwärtige Geld- und Zinssystem,
- hohe Gewinnerwartungen,
- das auf globaler Arbeitsteilung beruhende Modell der Fremdversorgung,
- eine Kultur der bedingungslosen Steigerung materieller Selbstverwirklichungsansprüche.“¹⁵

„Der Weg zur Postwachstumsökonomie fußt auf fünf Entwicklungsschritten, die sich auf einen Wandel von Lebensstilen, Versorgungsmustern, Produktionsweisen und auf institutionelle Innovationen im Bereich des Umgangs mit Geld und Boden beziehen:

1. Entrümpelung und Entschleunigung. Es entspricht ökonomischer Logik in Reinform, sich klug jenes Ballasts zu entledigen, der Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen beansprucht, aber nur minimalen Nutzen stiftet. Eine solchermaßen begründete

¹⁴ Paech stellt seinen Ansatz hier recht prägnant in Kurzform dar: Paech (o.J.) sowie (2009a). Vgl. darüber hinaus auch Paech (2009b) und (2009c) sowie (2008). Paech rekurriert u.a. auf Daly (1999) und (2009) sowie auf Georgescu-Roegen (1971).

¹⁵ Paech (2009a, S. 49).

Suffizienzstrategie konfrontiert die Suche nach weiteren Steigerungen von Güterwohlstand und Komfort mit einer Gegenfrage: Von welchen Energiesklaven, Konsum- und Komfortkrücken ließen sich übervolle Lebensstile und schließlich die Gesellschaft als Ganzes befreien?

2. Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung. Wer von monetär basierter Fremdversorgung abhängig ist, verliert seine Daseinsgrundlage, wenn die Geld speiende Wachstumsmaschine ins Stocken gerät. Sozial stabil sind nur Versorgungsstrukturen mit geringerer Distanz zwischen Verbrauch und Produktion. Dazu zählt die Reaktivierung von Kompetenzen, manuell und kraft eigener Fertigkeiten Bedürfnisse jenseits kommerzieller Märkte zu befriedigen. Durch eine Umverteilung der Erwerbsarbeit ließen sich Selbst- und Fremdversorgung so kombinieren, dass die Geld- und Wachstumsabhängigkeit sinkt. Eigenarbeit, (urbane) Subsistenz, Community-Gärten, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, Einrichtungen zur Gemeinschaftsnutzung von Geräten/Werkzeugen etc. würde zu einer graduellen De-Globalisierung verhelfen.

3. Regionalökonomie. Viele Bedarfe ließen sich durch regionale Märkte, verkürzte Wertschöpfungsketten bis hin zu Konzepten wie Community Supported Agriculture (CSA) befriedigen. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und damit von globalisierten Transaktionen abkoppeln. So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt, jedoch innerhalb eines ökologieverträglicheren und krisenresistenteren Rahmens.

4. Stoffliche Nullsummenspiele. Konsumansprüche, die sich nicht entrümpeln oder durch lokale/regionale Versorgungsstrukturen substituieren lassen, bilden die weiter zu minimierende Restgröße an industrieller und ggf. globalisierter Produktion. Die damit korrespondierenden Produkte und Infrastrukturen ließen sich über noch weitgehend unausgeschöpfte Möglichkeiten der Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung dergestalt optimieren, dass anstelle zusätzlicher materieller Produktion die Instandhaltung und Aufwertung bereits vorhandener Artefakte träte.

5. Institutionelle Innovationen. Zur Milderung systemimmanenter Wachstumszwänge ist eine Boden- und Geldreform nötig. So könnten Regionalwährungen mit einer zinslosen Umlaufsicherung versehen werden. Weiterhin wäre die noch immer fehlende Abschätzung, Zurechnung und Deckelung von Umweltbeanspruchungen dadurch zu beheben, dass der dehnbare Nachhaltigkeitsbegriff durch individuelle CO₂-Bilanzen konkretisiert wird. Jede Person hätte ein Anrecht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent (ca. 2 – 3 Tonnen), das allerdings handelbar wäre. Die Summe aller Kontingente dürfte höchstens der globalen Gesamtbelastung entsprechen, die mit der Einhaltung des Zwei-Grad-Klimaschutzziels vereinbar wäre.“¹⁶

Grafisch stellt sich der Ansatz wie folgt dar (Abbildung 3):

¹⁶ Paech (o.J.).

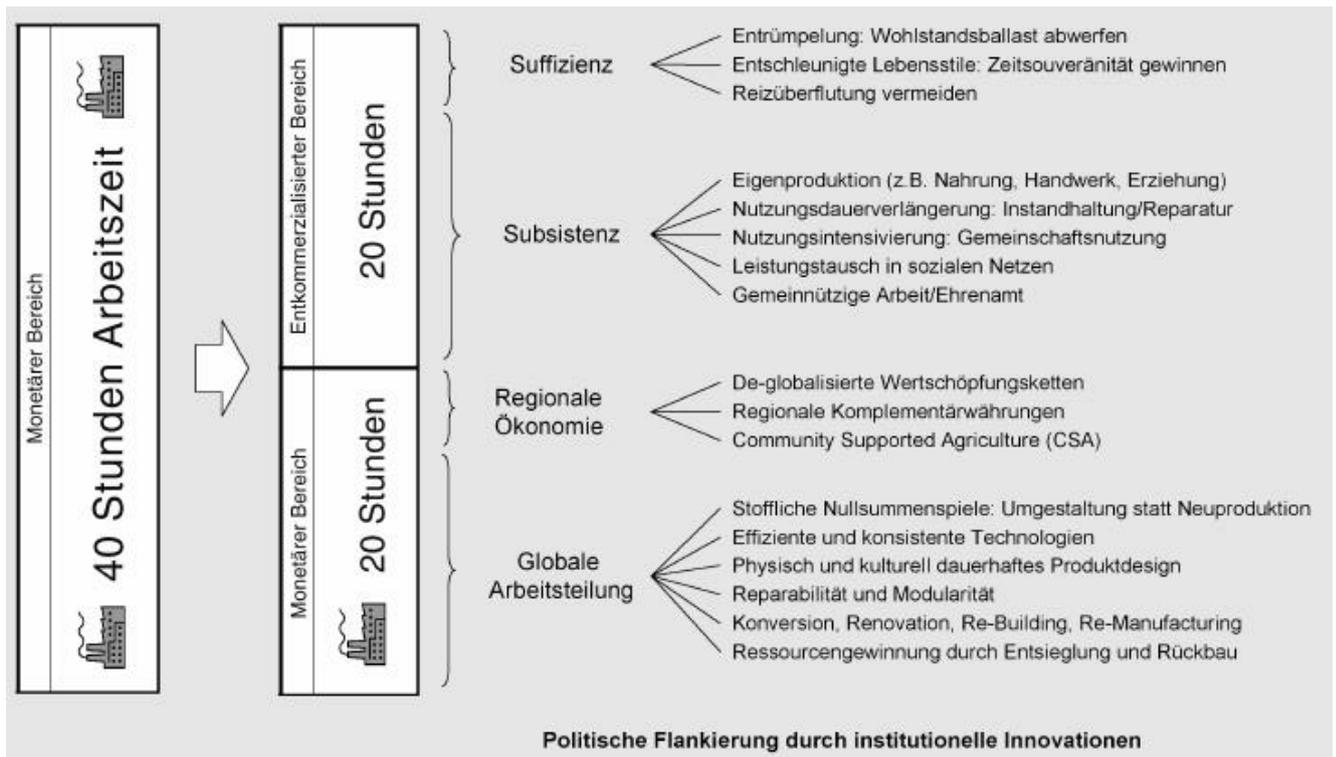


Abbildung 3: Die Postwachstums-Ökonomie, Quelle: Paech (2012)

„Auch in einer Postwachstumsökonomie werden Märkte, Unternehmen, Geld, Konsumgüter und technische Innovationen benötigt – aber fern einer Kultur der Maßlosigkeit. Denn schließlich macht die Dosis das Gift.“¹⁷ – Damit endet die wörtliche Wiedergabe.

Der Ansatz von Paech basiert auf Überzeugung und Selbstbindung. Paech versucht nicht nur, die Menschen von seinen Ideen zu überzeugen, sondern er lebt auch nach seiner Überzeugung. Dieselbe Selbstbindungsfähigkeit erhofft er sich auch von seinen Zuhörern und Lesern: Sie sollen für die neue Idee eintreten und danach leben, so dass sie sich dann „bottom up“ durchsetzt, und zwar im Wirtschaftsleben und in der Politik.

3.2 Der Entwurf von Christian Felber: die Gemeinwohlökonomie

Unverfälscht sollen auch Christian Felbers Thesen zum Entwurf einer „Gemeinwohlökonomie“ wiedergegeben werden.¹⁸ Ausgangspunkt ist folgende Feststellung von Felber (o.J.b, S. 4) „Die Anreizkombination aus Gewinnstreben und Konkurrenz ist auf globaler Ebene zur größten Gefahr für ein humanes Zusammenleben geworden. Die Annahme, dass das Gewinnstreben einander konkurrenzierender Unternehmen zum größtmöglichen Gemeinwohl führt, ist die Lebenslüge des Kapitalismus.“

„Die Gemeinwohl-Ökonomie stellt eine .vollständige Alternative zur derzeitigen Wirtschaftsordnung. Sie bringt die Marktwirtschaft in Übereinstimmung mit den Werten und Zielen der

¹⁷ Paech (2009b, S. 31). Diese Märkte sind allerdings entschleunigte Märkte ohne nennenswerte Konkurrenz.

¹⁸ Das Gros der Ausführungen stammt (überwiegend wörtlich übernommen) aus folgender Quelle: Felber (o.J.a). Vgl. darüber hinaus ausführlich Felber (2014) sowie (o.J.b) und (o.J.c).

Verfassungen demokratischer Staaten. Das Leben der Werte Menschenwürde, Solidarität, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Mitbestimmung wird belohnt. Ethische Unternehmen werden besser behandelt als unethische und setzen sich durch – zum Wohl aller. Dasselbe passiert mit ethischen Investitionen, dank einer Gemeinwohl-Prüfung für Kredite und einer Gemeinwohl-Bilanz für Unternehmen. So wird der Wille des Grundgesetzes, dass Eigentum, also Unternehmen, ‚zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll‘, umgesetzt. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist eine vollethische Marktwirtschaft. Gleichzeitig ist sie eine wirklich liberale Marktwirtschaft, weil sie exzessive Ungleichheit begrenzt und dadurch erst allen Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und Chancen bietet“ (Felber, o.J.c).

„Der rechtliche Anreizrahmen für die Wirtschaft wird umgepolt von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation. ... Wirtschaftlicher Erfolg wird nicht länger mit an den Mitteln des Wirtschaftens gemessen (Geld, Kapital, Finanzgewinn), sondern an den Zielen (Bedürfnisbefriedigung, Lebensqualität, Gemeinwohl). Auf der Makroebene (Volkswirtschaft) wird das BIP als Erfolgsindikator vom Gemeinwohl-Produkt abgelöst, auf der Mikroebene (Unternehmen) die Finanzbilanz von der Gemeinwohl-Bilanz. ... Die Unternehmen mit guten Gemeinwohl-Bilanzen erhalten rechtliche Vorteile: niedrigere Steuern, geringere Zölle, günstigere Kredite, Vorrang beim öffentlichen Einkauf und bei Forschungsprogrammen et cetera. Ethische, ökologische und regionale Produkte und Dienstleistungen werden billiger als unethische, unökologische und globale.

Finanzgewinn wird vom Zweck zum Mittel und dient dazu, den neuen Unternehmenszweck (Beitrag zum allgemeinen Wohl) zu erreichen. Bilanzielle Überschüsse dürfen verwendet werden für: Investitionen (mit sozialem und ökologischem Mehrwert), Rückzahlung von Krediten, Rücklagen in einem begrenzten Ausmaß; begrenzte Ausschüttungen an die MitarbeiterInnen sowie für zinsfreie Kredite an Mitunternehmen. Nicht verwendet werden dürfen Überschüsse für: Investitionen auf den Finanzmärkten (diese soll es gar nicht mehr geben), feindliche Aufkäufe anderer Unternehmen, Ausschüttung an Personen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten, sowie Parteispenden. Im Gegenzug entfällt die Steuer auf Unternehmensgewinne.“¹⁹

Da der Wettbewerbsparameter „Gewinn- und Einkommensmaximierung“ keine Rolle mehr spielt, sind Unternehmen vom allgemeinen Wachstumszwang befreit, können Kooperation und Solidarität mit anderen Unternehmen suchen und sich wechselseitig helfen. Die „Wirtschaft“ wird auf diese Weise zu einer „Win-win-Anordnung“ (Felber, o.J.a, Punkte 5 bis 7).

„Wirtschaftswachstum ist kein Ziel mehr, Ziel ist vielmehr die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten auf ein global nachhaltiges Niveau. ... Unsere Freiheit, einen beliebigen Lebensstil zu wählen, endet dort, wo sie die Freiheit anderer Menschen beschneidet, denselben Lebensstil zu wählen oder auch nur ein menschenwürdiges Leben zu führen. Privatpersonen und Unternehmen werden angereizt, ihren ökologischen Fußabdruck zu messen und auf ein global gerechtes und nachhaltiges Niveau zu

¹⁹ Felber (o.J.a, Punkt 2 ff.).

reduzieren. Die Erwerbsarbeitszeit wird schrittweise auf das mehrheitlich gewünschte Maß von dreißig bis 33 Wochenstunden reduziert. Dadurch wird Zeit frei für drei andere zentrale Arbeitsbereiche: Beziehungs- und Betreuungsarbeit (Kinder, Kranke, SeniorInnen), Eigenarbeit (Persönlichkeitsentwicklung, Kunst, Garten, Muße) sowie politische und Gemeinwesenarbeit. Infolge dieser ausgewogeneren Zeiteinteilung würde der Lebensstil konsumärmer, suffizienter und ökologisch nachhaltiger. Jedes zehnte Berufsjahr ist ein Freijahr und wird durch ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert. Menschen können im Freijahr tun, was sie wollen. Diese Maßnahme entlastet den Arbeitsmarkt ...²⁰

„Da in der Gemeinwohl-Ökonomie unternehmerischer Erfolg eine ganz andere Bedeutung haben wird als heute, werden auch andere Führungsqualitäten gefragt sein: Nicht mehr die rücksichtslosesten, egoistischsten und „zahlenrationalsten“ Manager werden gesucht, sondern Menschen, die sozial verantwortlich und -kompetent handeln, mitfühlend und empathisch sind, Mitbestimmung als Chance und Gewinn sehen und nachhaltig langfristig denken. Sie werden die neuen Vorbilder sein.“²¹

„Um die Werte der Gemeinwohl-Ökonomie von Kind an vertraut zu machen und zu praktizieren, muss auch das Bildungswesen gemeinwohlorientiert aufgebaut werden. Das verlangt eine andere Form von Schule sowie andere Inhalte, z.B. Gefühlkunde, Wertekunde, Kommunikationskunde, Demokratiekunde, Naturerfahrungskunde und Körpersensibilisierung.“²²

„Die Einkommens- und Vermögensungleichheiten werden in demokratischer Diskussion und Entscheidung begrenzt: die Maximal-Einkommen auf zum Beispiel das Zehnfache des gesetzlichen Mindestlohns; Privatvermögen auf zum Beispiel zehn Millionen Euro; das Schenkungs- und Erbrecht auf zum Beispiel 500.000 Euro pro Person; bei Familienunternehmen auf zum Beispiel zehn Millionen Euro pro Kind. Das darüber hinaus gehende Erbvermögen wird über einen Generationenfonds als „Demokratische Mitgift“ an alle Nachkommen der Folgegeneration verteilt: gleiches „Startkapital“ bedeutet höhere Chancengleichheit. Die genauen Grenzen sollen von einem Wirtschaftskonvent demokratisch ermittelt werden.

Bei Großunternehmen gehen ab einer bestimmten Größe (zum Beispiel 250 Beschäftigte) Stimmrechte und Eigentum teil- und schrittweise an die Beschäftigten und die Allgemeinheit über. Die Öffentlichkeit könnte durch direkt gewählte ‚regionale Wirtschaftsparlamente‘ vertreten werden. Die Regierung soll keinen Zugriff/kein Stimmrecht in öffentlichen Unternehmen haben. Das gilt auch für die Demokratischen Allmenden, die dritte Eigentumskategorie neben einer Mehrheit (kleiner) Privatunternehmen und gemischt-besessenen Großunternehmen. Demokratische Allmenden (auch ‚Commons‘) sind Gemeinwirtschaftsbetriebe im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Mobilitäts-, Energie- und Kommunikationsbereich: die ‚Daseinsvorsorge‘.“

²⁰ Felber (o.J.a, Punkte 14 bis 16).

²¹ Felber (o.J.a, Punkt 20).

²² Felber (o.J.a, Punkt 19).

Eine wichtige Demokratische Allmende ist die Demokratische Bank. Sie dient wie alle Unternehmen dem Gemeinwohl und wird wie alle Demokratischen Allmenden vom demokratischen Souverän kontrolliert und nicht von der Regierung. Ihre Kernleistungen sind garantierte Sparvermögen, kostenlose Girokonten, kostengünstige Kredite und ökosoziale Risikokredite. Der Staat finanziert sich primär über zinsfreie Zentralbankkredite. Die Zentralbank erhält das Geldschöpfungsmonopol und wickelt den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr ab, um Steuerflucht zu unterbinden. Die Finanzmärkte in der heutigen Form wird es nicht mehr geben.

Nach dem Vorschlag von John Maynard Keynes wird eine globale Währungs Kooperation errichtet mit einer globalen Verrechnungseinheit („Globo“, „Terra“) für den internationalen Wirtschaftsaustausch. Auf lokaler Ebene können Regiogelder die Nationalwährung ergänzen. Um sich vor unfairem Handel zu schützen, initiiert die EU eine Fair-Handelszone („Gemeinwohl-Zone“), in der gleiche Standards gelten oder die Zollhöhe sich an der Gemeinwohl-Bilanz des Hersteller-Unternehmens orientiert. Langfristziel ist eine globale Gemeinwohl-Zone als UN-Abkommen.“²³

„Die repräsentative Demokratie wird ergänzt durch direkte und partizipative Demokratie. Der Souverän soll seine Vertretung korrigieren, selbst Gesetze beschließen, die Verfassung ändern und Grundversorgungsbereiche – Bahn, Post, Banken – kontrollieren können. In einer echten Demokratie sind die Interessen des Souveräns und seiner Vertretung ident – Voraussetzung dafür sind umfassende Mitgestaltungs- und Kontrollrechte des Souveräns.

Alle .. Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie sollen in einem breiten Basisprozess durch intensive Diskussion ausreifen, bevor sie von einem direkt gewählten Wirtschaftskonvent in Gesetze gegossen werden. Über das Ergebnis stimmt der demokratische Souverän ab. Was angenommen wird, geht in die Verfassung ein und kann – jederzeit – nur wieder vom Souverän selbst geändert werden. Zur Vertiefung der Demokratie können weitere Konvente einberufen werden: Bildungs-, Medien-, Daseinsvorsorge-, Demokratiekonvent ...“²⁴

Christian Felber sieht seinen Entwurf als einen verbesserungswürdigen Vorschlag an: „Die Gemeinwohl-Ökonomie ist weder das beste aller Wirtschaftsmodelle noch das Ende der Geschichte, nur ein nächster möglicher Schritt in die Zukunft. Sie ist ein partizipativer und entwicklungsoffener Prozess und sucht Synergien mit ähnlichen Ansätzen. ... Die Umsetzung erfordert intrinsische Motivation und Eigenverantwortung, rechtliche Anreize, einen ordnungspolitischen Rahmen sowie Bewusstseinsbildung.“²⁵

²³ Felber (o.J.a, Punkte 8 bis 12).

²⁴ Felber (o.J.a, Punkte 17 bis 18).

²⁵ Felber (o.J.a, Abschluss-Statement).

4. Eine kritische Betrachtung der Alternativ-Ansätze aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik

4.1 Die Perspektive der konstitutionellen Ökonomik

Die konstitutionelle Ökonomik vertritt die einfache Grund-These, dass der institutionelle Regelrahmen maßgeblich verantwortlich ist für die Art und Weise, wie sich Volkswirtschaften oder Wirtschaftsräume entwickeln. Als wichtige Protagonisten dieser Forschungsrichtung können u.a. Walter Eucken (1990), Friedrich A. von Hayek (1991 und 2003), James M. Buchanan (1984 und 1993) sowie Douglass C. North (1992) genannt werden. Die zentralen Thesen dieser Denkrichtung lassen sich wie folgt zusammen-fassen:²⁶

(1) Insbesondere in komplexen Großgesellschaften sind vielfältige Regeln notwendig, um das Zusammenleben – verschiedene Formen der Kooperation und des Wettbewerbs – zu ordnen. Diesbezüglich sollen Regeln „win-win-Möglichkeiten“ zwischen den Individuen und korporativen Akteuren schaffen. Konkret ist es vor allem ihre Aufgabe

- einseitige und wechselseitige Ausbeutung zu verhindern,
- Erwartungssicherheit und geschützte Freiräume für die Individuen zu schaffen,
- Transaktionskosten für unerwünschte Tätigkeiten zu erhöhen und für erwünschte Tätigkeiten zu verringern,
- die Schnittstelle zwischen den verschiedenen Arten kollektive (staatliche) und individuellen Handelns festzulegen,
- den politisch handelnden Akteuren Anreize geben, politische Entscheidungen im Sinne der Bürger zu treffen (Ebene der Verfassungsregeln und supra-nationalen Regeln),
- Handeln und Haften möglichst zur Deckung zu bringen und damit zu verhindern, dass Dritte illegitimer Weise mit Kosten belastet werden (Äquivalenzprinzip), zu diesen Dritten zählen auch zukünftige Generationen.

Regeln stellen auf diese Weise den (Verfassungs-) Rahmen dar, innerhalb dessen die Individuen und sonstigen Akteure frei agieren können. Treten in bestimmten Bereichen systematisch unerwünschte Ergebnisse auf, so muss der Regelrahmen verändert werden, wenn man die Ergebnisse verändern will. Moralische Appelle gegen schlechte Anreize in Stellung zu bringen, hilft zumeist wenig.

(2) Vertreter der konstitutionellen Ökonomik sehen den Markt als nützlich an, weil Freiheit in Verbindung mit Wettbewerb die Akteure animiert, Innovationen und Investitionen hervorzubringen (Hayeks „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“, 1969; Baumols „Free-Market-Innovation-Machine“, 2002). Der kompetitive Markt wird als der zentrale Baustein gesehen, der als „unsichtbare Hand“ (Adam Smith) den Anbietern die notwendigen Anreize gibt, sich permanent um die Interessen der Nachfrager zu kümmern: Als nicht-intendiertes Resultat intentionalen Handelns ergibt sich, die Konsumenteninteressen permanent „ins Visier“ zu

²⁶ Vgl. zudem Erlei/Leschke/Sauerland (2007).

nehmen; die Intention ist das „Geld verdienen“. Überrenditen und Marktmacht, die durch gelungene Innovation und Investition entstehen (Schumpeters Prozess der schöpferischen Zerstörung, 1912), werden durch neue Markteintritte wieder abgebaut.

(3) Wenn die Marktergebnisse systematisch unerwünschte Ergebnisse liefern, z.B. Externalitäten (auch das Kostenverschieben auf die Zukunft fällt darunter) oder Marktmacht mit ausbeuterischem Verhalten hervorbringen, muss über Änderung der Spielregeln nachgedacht werden, um die unerwünschten Marktergebnisse einzuschränken. Ggf. muss die Kompetenz zur Leistungserstellung aufgrund von Marktversagen ganz auf den Staat übertragen werden. Wenn dies nach Theorie und Praxiserfahrung notwendig erscheint, muss die Effizienz der staatlichen Leistungserstellung kontrolliert werden, denn gerade Bereiche, die vom Wettbewerb ausgenommen werden, neigen zu X-Ineffizienzen (Leibenstein's organisatorische Überkapazitäten und Verschwendungen, 1979). Der Maßstabswettbewerb (z.B. Vergleiche mit Resultaten in anderen Staaten) hilft bei der Aufdeckung und Abschaffung solcher Ineffizienzen.

(4) Regeln als institutionelle Beschränkungen kanalisieren das Verhalten unterschiedlicher Akteure auf verschiedenen Ebenen. Hierbei muss dem Wandel Rechnung getragen werden. Das bedeutet: Der Regelrahmen muss mithilfe von diskursiven Feedbackschleifen permanent kritisch hinterfragt und ggf. an neue Bedingungen angepasst werden. Regeln stellen somit „relatively absolute absolutes“ (Buchanan, 1989) in einer Mehr-Ebenen-Struktur dar (siehe Abbildung 4).

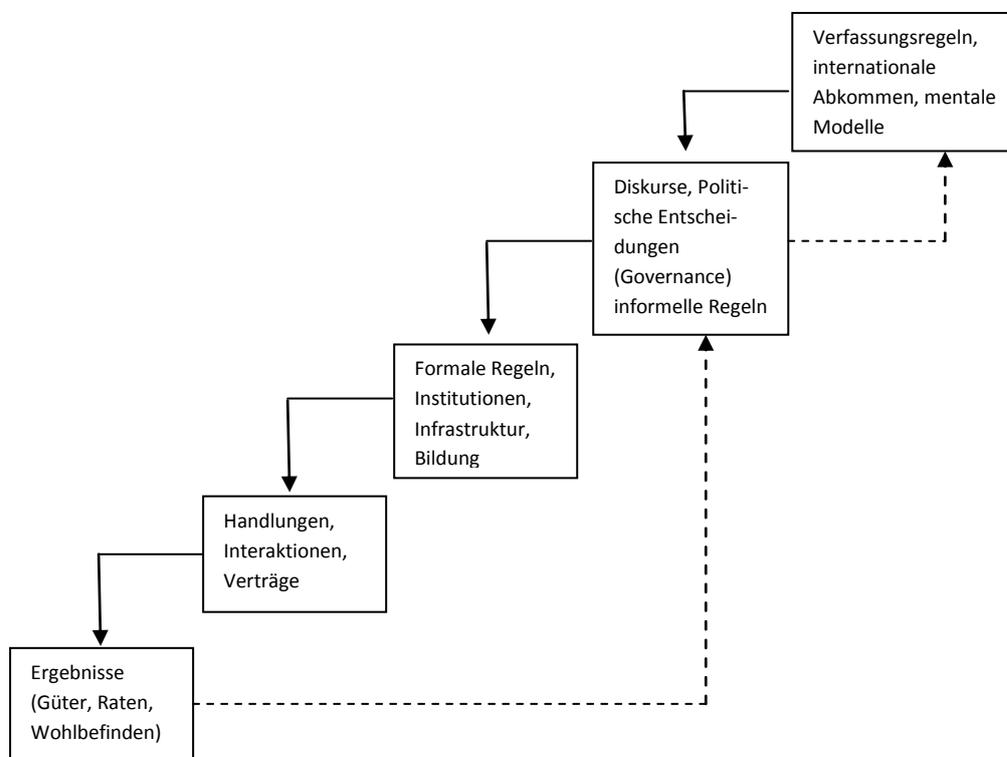


Abbildung 4: Institutionen, Handlungen und Ergebnisse , Quelle: Leschke (2015).

Abbildung 4 veranschaulicht die Wirkungskanäle zwischen verschiedenen vertikalen Ebenen. Auf der untersten Ebene befinden sich die (Markt-) Ergebnisse als Folge der Handlungen (In-

teraktionen, Verträge) der nächst höheren Ebene (als nicht intendierte Resultate). Diese werden nun wiederum maßgeblich durch die Marktverfassung (Regeln, Institutionen) und durch das leistungsstaatliche Handeln beeinflusst. Diese Ebene wird nun ihrerseits durch die politischen Diskurse, das politische Handeln, also letztlich durch die gute oder schlechte Regierungsführung (good or bad governance), bestimmt. Ob die Regierungsführung gut oder schlecht ist, hängt nun nicht nur von der Verfassungsebene ab, sondern auch der Einbindung in internationale Abkommen und Verträge und den informellen Regeln. Zudem erfolgt eine Rückkopplung von den anderen Ebenen – ggf. kritisch, je nach Zufriedenheit/Unzufriedenheit mit den Ergebnissen.

(5) Das Set politischer Entscheidungsregeln umfasst nicht nur das demokratische Wahlverfahren und die demokratische Entscheidungsfindung in Gremien wie Parlamenten, sondern auch die Kompetenzverteilung im politischen System – und zwar horizontal („Gewaltenteilung“, „checks & balances“) und vertikal (Föderalismus) – sowie bindende Verfassungsregeln und internationale Abkommen. Hinzu treten die informellen Regeln (u.a. Moralvorstellungen, die ihrerseits auf Ideologien fußen, vgl. Denzau/North, 1994). Wenn immer wieder unerwünschte Resultate auftreten (z.B. Verstöße gegen den Grundsatz der Nachhaltigkeit), die sich systematisch auf einen defizitären Regelrahmen des Marktes zurückführen lassen, der nicht reformiert wird, muss es auch Defizite im Set der politischen Entscheidungsregeln geben. Diese Defizite muss man ausfindig machen und zu beheben versuchen. Dies ist ohne Zweifel ein mühseliges Unterfangen, denn einzelne mächtige Gruppierungen können Vorteile aus der reformierungsbedürftigen Regelstruktur ziehen, zudem können auch andere Effekte wie Gewöhnung oder Zweifel an der Funktionsfähigkeit von Alternativen für einen „Quasi-Lock-in“ (North, 1992, insb. S. 133) des einmal eingeschlagenen institutionellen Pfades führen.

Die konstitutionelle Ökonomik unterscheidet systematisch zwischen der Regelebene („rules of the game“) und den Spielzügen („choices within rules“), wobei diese Struktur mehrfach ineinandergreifen kann (Abbildung 4). Unerwünschte Resultate müssen aus dieser Perspektive systematisch auf Defizite in der Regelstruktur zurückgeführt werden. Um zu besseren Regelstrukturen und besseren Marktresultaten zu gelangen, ist der Wettbewerb ein zentrales Verfahren, das man sich in verschiedenen Formen – im Markt, Ausschreibungswettbewerb, Wettbewerb in der Demokratie, Maßstabswettbewerb – zunutze machen sollte, um Lernprozesse zu initiieren. Es geht der konstitutionellen Ökonomik somit um eine kluge „In-Kraft-Setzung“ von Wettbewerbsprozessen in Markt und Gesellschaft mittels geeigneter institutionen.

Vor diesem Hintergrund sollen nun die vorgestellten Ansätze von Paech und Felber kritisiert werden.

4.2 Kritik der Ansätze von Niko Paech und Christian Felber

Die Ziele der vorgestellten Alternativansätze sowie des Ansatzes der konstitutionellen Ökonomik sind gleich: Es soll den Menschen ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmen

gegeben werden, so dass sie ihre eigenen Ziele bestmöglich verfolgen und erreichen können, und zwar ohne anderen Individuen heute und in Zukunft illegitimer Weise Chancen zu verbauen. Um dies weitestgehend zu gewährleisten, sind die Wege allerdings unterschiedlich.

Der Ansatz von Paech arbeitet sehr stark auf der Ebene der „individuellen Selbstbindung“. Die Menschen sollen verstehen, dass volkswirtschaftliches Wachstum immer mit steigendem Ressourcenverbrauch und Emissionen verbunden ist und daher einem Lebensstil entsagen, der auf Geld- und Konsumgier ausgelegt ist. Dies – so Paechs These – führe zu Nachhaltigkeit und Glück. Zugleich wird eine Regionalisierung angestrebt: Es sollen nicht nur Produkte vor Ort produziert und konsumiert werden, sondern auch die Selbstversorgung und die private Nachbarschaftshilfe sollen intensiviert werden. Flankiert wird das Ganze durch zinsloses Regionalgeld und durch eine strikte CO₂-Obergrenze pro Person, wobei allerdings ein Handel mit Verschmutzungsrechten erlaubt wird.

Aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik arbeitet der Entwurf von Paech zu wenig mit (institutionellen) Anreizen. Es geht zuerst einmal um eine konsumärmere Lebensplanung. Diese Selbstbindung soll gelingen, weil man nach der Lektüre der Postwachstumsökonomie verstanden haben soll, dass eine marktwirtschaftliche Ökonomie zwangsweise zu Wachstum und damit zu unerwünschten Emissionen führen muss. Daher soll man folgern, dass nur eine drastische „Entschleunigung“ verbunden mit einem spürbaren Produktionsrückgang zu Nachhaltigkeit führen kann. Flankiert wird das System mit einer zielgerichteten zinslosen Regionalgeldausgabe.

Diese Konklusionen sind aus konstitutionenökonomischer Sicht jedoch keineswegs stichhaltig. Denn auch wenn in der Vergangenheit das marktwirtschaftliche Handeln und das Wachstum zu erheblichen Externalitäten geführt haben, so ist damit in keiner Weise belegt, dass marktwirtschaftliches Handeln mit Wachstum nicht auch ohne unerwünschte Externalitäten funktionieren kann. Treiber des Wohlstands, des besseren Lebens und des Wachstums in der Marktwirtschaft ist die Innovation. Es ist die Fähigkeit, Neues zu entwickeln und dafür Zahlungsbereitschaften zu „wecken“. Weil wir ex ante aber nicht wissen (können), welche Neuerungen erwünscht und beliebt sind und welche Wege dahin effizient sind, benötigen wir den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Paech interpretiert den marktlichen Wettbewerb nicht in dieser Weise. Er glaubt wie (der ältere) Schumpeter und Marx, dass die wesentlichen Dinge entweder schon erfunden wurden bzw. dass ein gelenktes emissionsfreies Wirtschaften die wesentlichen Innovationen schon hervorbringen wird. Hinsichtlich dieses Punktes sind aus konstitutionenökonomischer Sicht erhebliche Zweifel anzumelden. Man benötigt vielmehr einen funktionierenden marktlichen Wettbewerb, um auch im Bereich der Emissionsreduktion spürbare Fortschritte zu erzielen (will man den Wohlstand nicht zurückschrauben).

Auf eine einfache Formel gebracht tritt Paechs Konzept für einen wirtschaftlichen Rückbau ein, während die Konstitutionenökonomik für einen Umbau durch institutionelle Umsteuerung eintritt. Der Grund für Paechs Schlussfolgerung liegt m.E. darin, dass er vermutet, dass eine freiheitliche schuldgeldbasierte Marktwirtschaft so starke Wachstumsdränge und -

zwänge aufweist, dass die Wirtschaftsinteressen die Nachhaltigkeitsinteressen dominieren. Nach dieser „Logik“ muss man eine Abkehr von der schuldgeld- und zinsbasierten Marktwirtschaft vollziehen, um Nachhaltigkeit sicherzustellen. Diese „Logik“ übersieht jedoch, dass ein „Mehr“ an Staatsaufgaben bzw. kollektivem Handeln – Wirtschaftslenkung, Geldlenkung, Investitionslenkung – keinesfalls Knappheit und Fehlallokationen überwindet. Wenn Niko Paech immer wieder auf den empirischen Befund verweist, dass Marktwirtschaften in der Vergangenheit immer nur mit Verstößen gegen die Nachhaltigkeit Wachstum erzeugten, so lässt sich als „Gegen-Befund“ darauf hinweisen, dass sozialistische Planwirtschaften weder Gerechtigkeit, noch Wohlstand erzeugen konnten bzw. können. Insofern erscheint die Befürchtung, dass Paechs Gesellschaftsmodell ebenfalls Misswirtschaft oder sogar Korruption anzieht, nicht unrealistisch zu sein.

Viele Elemente von Niko Paechs Postwachstumskonzept erscheinen mir eher für kleinere Aussteigergruppen geeignet zu sein, die zusammen neue Lebensplanungen in Einklang mit der Natur ausprobieren möchten. Denn Paech definiert ja ein Stück weit vor, was glücklich machen soll: wenig arbeiten, wenig konsumieren, viel Soziales. Dies soll ja auch von der Glücksforschung „bewiesen“ sein. Aus konstitutionenökonomischer Sicht ist das Individuum seines Glücks Schmied (Eigenverantwortung!). Zudem bezweifeln neuere Studien (vgl. Stevenson/Wolfers, 2008 und 2013), dass zunehmender Reichtum/Wohlstand ab einem Punkt nicht mehr weiter glücklich macht. – Andere Bausteine, wie beispielsweise die Gewährung eines gleichen Rechts auf Verschmutzung (bei Handelbarkeit der Zertifikate), sind aber auch für Reformen heutiger Marktwirtschaften interessant.

Auch Felber bevorzugt eine recht radikale Kehrtwende gegenüber dem heutigen marktwirtschaftlichen System. Im Gegensatz zu dem Ansatz von Paech arbeitet Felber jedoch stärker mit Anreizen, insbesondere auf der Ebene der Unternehmen. Da er den Konsumenten (realistischer Weise) nicht zutraut, ihre Konsumakte zielgerichtet mit Nachhaltigkeit zu verknüpfen (sei es aus mangelnder Selbstbindung, sei es aus Gründen asymmetrischer Information), möchte er ein Belohnungssystem „pro nachhaltiges Wirtschaften“ über die zu zahlenden Unternehmenssteuern etablieren. Wer im Nachhaltigkeitsindex²⁷ gut (schlecht) abschneidet, zahlt weniger (mehr) Steuern. Felber erkennt zudem, dass man das System durch Außenhandel unterlaufen könnte und fordert daher eine Fair-Trade-Zone mit einheitlicher internationaler Währung (ggf. ergänzt durch lokale Währungen im Festkurssystem). Die demokratische Legitimation sucht er auch, denn direkte Bürgerpartizipation ist in viel stärkerem Maße vorgesehen als derzeit etwa in Deutschland.

Trotz des Versuchs durch Bürgerpartizipation Legitimation zu erzeugen, hat der Ansatz von Felber aus konstitutionenökonomischer Sicht entscheidende Schwachstellen.

Die unsichtbare Hand des wettbewerblichen Marktes soll durch die sichtbare Hand der Planung abgelöst werden. Kooperation statt Wettbewerb ist die entscheidende Idee. Die

²⁷ Hier ist die aktuelle Version des Felberschen Handbuchs zur Gemeinwohl-Bilanz findet man hier: https://www.ecogood.org/sites/default/files/dateien/page/handbuch_v4.1_offical_release.pdf

Anreizfunktionen des Wettbewerbs weitgehend zu stoppen (Gehälterdeckelung, Gewinn und Einkommen als lenkende Faktoren weitgehend abschaffen), bedeutet jedoch, die Innovation nicht als unintendierte Resultate intentionalen Handelns (Intention= Einkommensmehrung, Instrument=Innovation und Investition) zu begreifen, sondern sie als eine planbare Größe anzusehen. Durch das Aushebeln der „unsichtbaren Hand“ wird jedoch das Innovationspotential einer Volkswirtschaft drastisch reduziert. Statt sich dieses Potential für Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen zunutze zu machen, lässt man es erodieren. Das ist aus der Perspektive der konstitutionellen Ökonomik ein schwerer Fehler, denn Menschen dürften tendenziell eher in einem Wirtschaftsraum mit höherem als mit relativ geringem Innovationspotential leben wollen.

Zudem dürfte die Messung und Bewertung unternehmerischen Gemeinwohlhandelns schwieriger sein als die Messung von Gewinnen (als Grundlage der Unternehmensbesteuerung). Ein differenziertes Belohnungssystem für Gemeinwohlhandeln in die Besteuerung zu integrieren, scheint mir weitaus schwieriger und komplexer zu sein, als die „Grenzen der Freiheit“ strenger zu definieren, um Externalitäten einzudämmen. Komplexe Systeme mit hohen Prüfansprüchen sind nicht selten Einfallstore für Rent-Seeking und Korruption, insofern scheint mir der traditionelle Weg der Konstitutionenökonomik (durch Regelreform Externalitäten verteuern) „sicherer“.

Auch eine internationale Einheitswährung dürfte problematisch sein. Selbst in Wirtschaftsräumen, die unter strengeren Nachhaltigkeitsregeln agieren dürfte es asymmetrische Schocks geben, die leichter durch Wechselkursanpassungen abgefedert werden können als durch reale Anpassungen. Felber würde dem allerdings wohl entgegenhalten, dass in einer Gemeinschaft von Gemeinwohlökonomien wechselseitige Hilfe (Kooperation löst den Wettbewerb ab) die für reale Anpassungen notwendigen Mittel gerne bereitgestellt würden. Ob dies ein realistisches Szenario ist, mag dahingestellt sein.

5. Fazit

Die konstitutionelle Ökonomik verfolgt das gleiche Ziel wie die Alternativansätze zur Marktwirtschaft von Niko Paech (Postwachstumsökonomie) und Christian Felber (Gemeinwohlökonomie): die Suche nach einer besseren Welt (Popper, 2009) – eine Welt, in der heute und in Zukunft lebende Individuen weitestgehend ihre unterschiedlichen Ziele verfolgen und auch möglichst erreichen können.

Die Protagonisten der Alternativansätze sehen in der Marktwirtschaft – in Verbindung mit dem zinsbasierten Schuldgeldsystem – ein Grundproblem für die Nachhaltigkeit. Folglich fordern Sie eine Abkehr von diesem System. Aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik liegt das Problem unerwünschter Marktergebnisse an einer falschen Regelsetzung bzw. Regulierung. Folglich müssen Reformen im Bereich der Regelsetzung verortet werden. Es geht hier um eine falsche „In-Kraft-Setzung“ des Marktes, die korrigiert werden sollte. Letztlich sind Schwachstellen im demokratischen Rechtsstaat oder im Verfahren der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung auf suprastaatlicher Ebene dafür verantwortlich.

Während die Postwachstums-Anhänger in der schwindenden Menge verfügbarer natürlicher Ressourcen und in den Externalitäten, die zurückgeführt werden müssen, eine „natürliche Grenze des Wachstums“ sehen und auch vor diesem Hintergrund für eine Abkehr von Systemen mit Wachstumszwang (wettbewerbliche Marktwirtschaft, Schuldgeldsystem mit Zins) eintreten, sehen die Vertreter der konstitutionellen Ökonomik die Quelle des Wachstums an anderer Stelle: nämlich in der unerschöpflichen Welt menschlicher Ideen, durch die dann auch Zahlungsbereitschaften generiert werden können.

Wenn es richtig ist, dass Schwächen der Regelsetzung und -durchsetzung im demokratischen Prozess (ganz zu schweigen von der Regelsetzung in nicht-demokratischen Staaten) für Nachhaltigkeitsprobleme verantwortlich sind, wird der Vorschlag „mehr kollektives Handeln unter Rückführung marktlicher Bereiche“ keine Lösung sein. Vielmehr muss es das Ziel sein, sich durch „kluge“ Regelsetzung das Innovationspotential von Märkten zunutze zu machen und unerwünschte Externalitäten möglichst zu vermeiden.

Wenn in unserem bestehenden System „Demokratie plus Marktwirtschaft“ mächtige Interessengruppen das Recht und die Regulierung zu ihren Gunsten auf Kosten vieler Individuen heute und in der Zukunft beeinflussen können, so muss man dies entlarven und konstitutionelle Reformen initiieren. Zudem können sich NGOs bilden, die für Nachhaltigkeit eintreten und eine Gegenmacht darstellen. Die Lösung „mehr staatliches Handeln“ wird das Rent Seeking kurzfristig ausgerichteter Partialinteressen nicht verhindern können. Es wird sich dadurch nur verändern. Sicher ist aber, dass dadurch erwünschte Innovationen ab- und Ineffizienzen zunehmen. Insofern sind aus meiner Sicht bzw. aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik radikale Gegenentwürfe zur Marktwirtschaft, die auf mehr kollektives Handeln setzen, mit Vorsicht zu genießen.

Literatur

Alesina, Alberto und Daniel Rodrik (1994): Distributive Politics and Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics 109, S. 465-490.

Aßländer, Michal, Andreas Suchanek und Gotlind Ulshöfer (2007): Generationengerechtigkeit als Aufgabe von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Hampp-Mering.

Baumol, William J. (2002): The Free-Market Innovation Machine. Analyzing the Mirical of Capitalism, Princeton.

Binswanger, Hans C. (2009): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg.

BMWi-Beirat (2009): Akzeptanz der Marktwirtschaft: Einkommensverteilung, Chancengleichheit und die Rolle des Staates, im Internet unter:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/gutachten-wissenschaftlicher-beirat-akzeptanz-der-marktwirtschaft,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

Buchanan, James M. (1984): Die Grenzen der Freiheit. Zwischen Anarchie und Leviathan, Tübingen.

Buchanan, James M. (1989a): The Relatively Absolute Absolutes, in: ders.: Essays on the Political Economy, Honolulu, S. 32–46.

- Buchanan, James M. (1993): How Can Constitutions Be Designed so that Politicians Who Seek to Serve 'Public Interest' Can Survive and Prosper?, *Constitutional Political Economy* 4, S. 1–6.
- Coase, Ronald (1960): The Problem of Social Cost, in: *Journal of Law and Economics* 3, 1–44.
- Daly, Herman E. (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum*, Salzburg und München.
- Daly, Herman E. (2009): Steady-State-Ökonomie – Ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 162./163. Folge, S. 39–42.
- Denzau, Arthur T. und Douglass C. North (1994): Shared Mental Models: Ideologies and Institutions, in: *Kyklos* 47, Heft 1, S. 3–31.
- Endres, Alfred (2004): *Natürliche Ressourcen und Nachhaltige Entwicklung*, Andrassy Working Paper Series No. XI.
- Endres, Alfred und Immo Querner (2000): *Die Ökonomie natürlicher Ressourcen*, 2. Auflage, Stuttgart.
- Erlei, Mathias, Leschke, Martin und Dirk Sauerland (2007): *Neue Institutionenökonomik*, Stuttgart.
- Eucken, Walter (1990): *Grundzüge der Wirtschaftspolitik*, 7. Auflage, Tübingen.
- Felber, Christian (2013): *Handbuch zur Gemeinwohlbilanz*, im Internet: https://www.ecogood.org/sites/default/files/dateien/page/handbuch_v4.1_offical_release.pdf
- Felber, Christian (2014): *Die Gemeinwohl-Ökonomie: Überarbeitete Neuauflage mit Download des EBooks TTIP*, Wien.
- Felber, Christian (o.J.a): *Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst*, im Internet: <http://www.christian-felber.at/schaetze/gemeinwohl.pdf>.
- Felber, Christian (o.J.b): *Menschliche Werte – Werte der Wirtschaft. Neue Werte für die Wirtschaft*, im Internet: http://www.christian-felber.at/artikel/pdf/Neue_Werte_8_Seiten.pdf.
- Felber, Christian (o.J.c): *Gemeinwohl-Ökonomie: Chancen durch ein neues Wirtschaftsmodell?* Christian Felber im Interview, geschrieben von Wolfgang Falkner im SpaCamp-Blog, im Internet: <http://www.spacamp.net/2015/05/gemeinwohl-oekonomie-chancen-neues-wirtschaftsmodell-christian-felber-interview>.
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, Reinbeck.
- Galor, Oded und Joseph Zeira (1993): Income Distribution and Macroeconomics, in: *Review of Economic Studies* 60 (1), S. 35-52.
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1971): *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge.
- Hayek, Friedrich A. von (1969): *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*, in: derselbe, *Freiburger Studien*, Tübingen, S. 249–265.
- Hayek, Friedrich A. von (1991): *Die Verfassung der Freiheit*, 3. Auflage, Tübingen.
- Hayek, Friedrich A. von (2003): *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen.
- Heinsohn, Gunnar und Otto Steiger (2008): *Eigentum, Zins und Geld*, 5. Auflage, Marburg.
- Keynes, John Maynard (1936): *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, New York.
- Leibenstein, Harvey (1979): X-Efficiency: From Concept to Theory, in: *Challenge* 22, S. 13–22.
- Leschke, Martin (2009): *Nachhaltigkeit und Institutionen - eine wirtschaftswissenschaftliche Sicht*, in: Kahl, Wolfgang (Hrsg.), *Nachhaltigkeit als Verbundbegriff*, Tübingen, 2008, S. 297-318.

- Leschke, Martin (2011): Die (zukünftigen) Herausforderungen der der Marktwirtschaft: Diagnose und Handlungsoptionen aus institutionenökonomischer Sicht, in: Theresia Theurl (Hrsg.): Institutionelle Hintergründe von Krisen, Berlin, S. 169–191.
- Leschke, Martin (2015): Ökonomik der Entwicklung – Eine Einführung aus institutionenökonomischer Sicht, 2. Auflage, Bayreuth.
- Leschke, Martin, Stefan Hähnel und Martina Kopp (2010): Zur Ausgestaltung der Verfügungsrechte an natürlichen Ressourcen, in: Aufderheide, Detlef und Martin Dabrowski (Hrsg.): Effizienz und Gerechtigkeit bei der Nutzung natürlicher Ressourcen. Wirtschaftsethische und moralökonomische Perspektiven der Rohstoff-, Energie- und Wasserwirtschaft, Berlin, S. 57-89.
- Meadows, Donella H., Dennis L. Meadows, Jørgen Randers und William W. Behrens (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.
- Meadows, Donella H., Dennis L. Meadows und Jørgen Randers (2006): Die Grenzen des Wachstums. das 30-Jahre-Update. Signal zum Kurswechsel, Stuttgart.
- Mises, Ludwig von (1912): Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, Berlin.
- North, Douglass C. (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen.
- Paech, N. (2009b): Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 46/160-161, S. 28-31, im Internet: http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-160-161_Paech.pdf.
- Paech, Niko (2008): Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 45/158-159, S. 10-19.
- Paech, Niko (2009a): Eine Ökonomie jenseits des Wachstums, in: Einblicke Nr. 49, im Internet: http://www.postwachstumsoekonomie.org/Paech_Oekonomie-jenseits-Wachstum.pdf.
- Paech, Niko (2009c): Wachstum light? Qualitatives Wachstum ist eine Utopie, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär 13, S. 84-93.
- Paech, Niko (o.J.): Grundzüge einer Postwachstumsökonomie, im Internet: http://www.postwachstumsoekonomie.org/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html
- Pigou, Arthur C. (1920): The Economics of Welfare, London.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.
- Popper, Karl (2009): Auf der Suche nach einer besseren Welt: Vorträge und Aufsätze aus dreißig Jahren, Frankfurt a.M.
- Reinhart, Carmen M. und Kenneth S. Rogoff (2010): Growth in a Time of Debt, NBER Working Paper No. 15639.
- Schumpeter, Joseph A. (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin.
- Stevenson, Betsey und Justin Wolfers (2008): Economic Growth and Subjective Well-Being: Reassessing the Easterlin Paradox, NBER Working Paper No. 14282.
- Stevenson, Betsey und Justin Wolfers (2013): Subjective Well-Being and Income: Is There Any Evidence of Satisfaction, in: American Economic Review, Papers & Proceedings 103(3), S. 598–604.
- Wackernagel, Mathis und William Rees (1997): Unser ökologische Fußabdruck: Wie der Mensch Einfluss auf die Umwelt nimmt, Basel, Boston und Berlin.